



II- 1341 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

Zahl 6.655-PräsB/72

550 /A.B.

zu 476/J.

Präs. am 31. Juli 1972

Regierungspropaganda gegen
oppositionelle Kritik mit Steuergeldern;

Anfrage der Abgeordneten Dr. GRUBER,
STAUDINGER und Genossen an den
Bundesminister für Landesverteidigung,
Nr. 476/J

An die

Kanzlei des Präsidenten
des Nationalrates

Parlament

1010 Wien

In Beantwortung der in der Sitzung des Nationalrates
am 30. Mai 1972 seitens der Abgeordneten zum Nationalrat
Dr. GRUBER, STAUDINGER und Genossen überreichten, an mich
gerichteten Anfrage Nr. 476/J, betreffend Regierungs-
propaganda gegen oppositionelle Kritik mit Steuergeldern,
beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1:

Das in der gegenständlichen Anfrage erwähnte Inserat
bildet einen Teil der im Frühjahr dieses Jahres einge-
leiteten Informationsversuchsserie zur Verbesserung des
Verständnisses der Öffentlichkeit für die Notwendigkeit,
Aufgaben und Ziele der Landesverteidigung.

Zu 2:

Wie bereits im Zusammenhang mit der vorerwähnten Infor-
mationskompanie werde ich auch in Zukunft bemüht sein,

durch sachbezogene Information zu einer Verbesserung der Kommunikationsbasis zwischen der Öffentlichkeit und den für die Landesverteidigung Verantwortlichen beizutragen. Was den in diesem Zusammenhang erhobenen Vorwurf betrifft, im Rahmen der gegenständlichen Inseratenserie die Aufwertung des Bundesheerimages durch eine Abwertung staatsbürgerlicher Rechte vorgenommen zu haben, darf ich bemerken, daß ich nicht zu erkennen vermag, inwiefern ein Appell zu fairer und konstruktiver Kritik "eine Einschränkung des in der Verfassung grundgelegten Demokratieverständnisses" und in weiterer Folge "eine Abwertung staatsbürgerlicher Rechte" bedeuten soll.

Zu 3:

Die Kosten der gegenständlichen Versuchsserie, die sechs Einschaltungen in siebzehn Zeitungen umfaßte, betrugen S 2,759.371,84.

28. Juli 1972